

25. April 2024

Frauen und AfD – Oh nee!

Im Jahr 2024 findet die wichtige Europawahl statt. Im Herbst werden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stattfinden.

In den drei deutschen Bundesländern liegt die AfD nach den Prognosen der Meinungsforschungsinstitute mit über 30% vor allen anderen Parteien. Ungeachtet dessen, dass die Partei in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird. Dem Wähler*innenzuspruch scheint das keinen Abbruch zu tun, die Umfragewerte steigen weiter an.

Bei einer Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg kam die AfD mit 23% auf den zweiten Platz in Deutschland (CDU 26%).

Durch die Wahlergebnisse auch in unseren europäischen Nachbarstaaten zeichnet sich ein Rechtsruck im Europaparlament ab. Wie und in welcher Größenordnung das tatsächlich sein wird, lässt sich heute noch nicht sagen. Sagen lässt sich jedoch, dass das Erstarken rechter Parteien erhebliche, negative, Auswirkungen auf die politischen Entscheidungen in der EU und demzufolge auch in Deutschland haben würde.

Aus diesem Grund ist es dem ver.di Bundesfrauenrat ein wichtiges Anliegen, sich genauer mit den Plänen der AfD auseinanderzusetzen.

Schon Erich Kästner sagte: „Man muss einen rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf.“

Das Familien- und Frauenbild der AfD

Am 21. August 2014, vor mehr als neun Jahren, sagte die ehemalige Vorsitzende der Partei, Frauke Petry, es sei wünschenswert, dass jede deutsche Familie drei Kinder habe.

Wohlgemerkt, sie hat sich ausschließlich auf deutsche Familien bezogen. An den Aussagen von damals hat sich auch im aktuellen Programm nichts geändert.

Zitat aus dem Grundsatzprogramm der AfD:

„Der AfD ist es ein wichtiges Anliegen, gewachsene kulturelle und regionale Traditionen und bewährte Institutionen zu schützen. Sie geben den Menschen Halt und Bindung. Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.“

Unsere hart erkämpften Errungenschaften für eine bunte und tolerante Gesellschaft teilt die AfD in keiner Weise.


So bekennt sie sich in ihrem Grundsatzprogramm klar zur traditionellen Familie als Leitbild. Sie zitiert den besonderen Schutz von Ehe und Familie aus dem Grundgesetz. Familie wird einzig aus dem tradierten Weltbild definiert, also Mutter, Vater und Kinder.

Nach dem Denkmuster der AfD sollte es wieder erstrebenswert sein, eine (traditionelle) Ehe einzugehen, Kinder zu erziehen und möglichst viel Zeit mit ihnen zu verbringen. Der Gedanke daran, eine Ehe oder Partnerschaft ohne Kinder zu führen, kommt nicht vor. Deutlich heißt es, dass den demografischen Fehlentwicklungen entgegengewirkt werden müsse.

Dafür müsse mittels einer „aktivierenden“ Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden. Deutlich wird gesagt, dass „Masseneinwanderung“ das ungeeignete Mittel sei.

Der Begriff der einheimischen Bevölkerung wird nicht eindeutig definiert. Im Kontext der weiteren Aussagen der Partei ist davon auszugehen, dass Menschen, die schon lange in Deutschland leben bzw. hier geboren sind damit nicht gemeint sind. Ausdrücklich wird die „Vielkinderehe“ proklamiert, um eine „Masseneinwanderung hauptsächlich aus islamischen Staaten“ zu verhindern.

Diese Aussage ist eindeutig rassistisch und widerspricht dem Gedanken einer bunten und vielfältigen Kultur.



Elternarbeit (neben Bildungs- und Familienpolitik), die sich an den Bedürfnissen von Familien orientiert, soll größere Wertschätzung erhalten, um die Geburtenrate mittel- bis langfristig wieder auf ein „tragfähiges Niveau“ zu heben.

Die Aufgabe, mehr Kinder in traditionellen Familien zu fördern, wird als zentrale politische Aufgabe betrachtet.

Familie wird als „wertegebende Grundeinheit“ gesehen. (Reden wir hier noch über individuelle Lebensmuster?) Sie soll finanziell und ideell gestärkt werden. So soll es möglich sein, mit seinem Einkommen für eine größere Familie zu sorgen, ohne sich einem Armutrisiko auszusetzen.

Auch diese Aussage lässt erkennen, dass immer von Familien mit einer höheren Kinderzahl als Leitbild ausgegangen wird.

Als unterstützende Maßnahmen schwebt der AfD vor, zinslose Darlehen für Eltern zum Erwerb von Wohneigentum zu vergeben. Die Kreditsumme soll sich mit jedem neugeborenen Kind vermindern.

Auf den Punkt gebracht, hieße das, dass Familien mit vielen Kindern Wohneigentum vom Staat finanziert bekämen. Wo bleibt da der Grundsatz der Gleichbehandlung Aller?

Studierende, die während des Studiums oder kurz nach Beendigung Eltern werden, soll eine Rückzahlung von Bafög-Darlehen erlassen werden.

Die AfD möchte mit speziellen Förderungen von „Mehrkindfamilien“ dazu ermutigen, sich für mehr Kinder zu entscheiden.

Der Anstieg der Lebenserwartung soll die individuelle Lebensarbeitszeit verlängern.

Und auch hier ködert die AfD u.a. damit, dass die Anzahl der Kinder für den Zeitpunkt des abschlagsfreien Renteneintritts ausschlaggebend sei.

Eindeutig widersprechen alle Vorhaben dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz, da nur die Förderung von Kinderreichen vorgesehen ist.


Im Programm fehlen Aussagen darüber, ob die „Vergünstigungen“ beiden Elternteilen zugutekommen, ob auch Eltern ohne deutschen Pass berücksichtigt werden sollen.


Das veraltete Frauenbild, von dem wir glaubten, es längst überwunden zu haben, schreibt sich im Grundsatzprogramm fort:

„Vollzeit-Mütter“ sollen zum Standard gemacht werden. Eltern kleinerer Kinder soll der Druck einer „doppelten Berufstätigkeit“ genommen werden.

Dabei zieht die AfD keineswegs in Betracht, dass Frauen ihre Berufstätigkeit als inspirierend und nicht als Belastung ansehen.

Sie kritisiert, dass das politische Leitbild der voll erwerbstätigen Frau die deutsche Familienpolitik bestimme.





Deutlich beschreibt sie, wie ihr Frauen- und Familienbild ist. Weg von der Selbstbestimmung der Frau, zurück zur überholten Rolle des frühen 20. Jahrhunderts. Kinder, Küche und wohl auch noch Kirche.

Kinder sollen in – zumindest nach außen hin – „intakten“ Familien erzogen werden. Dabei gilt in der Denke der Partei nur ein Familienbild bestehend aus Vater, Mutter und Kindern. Gleichgeschlechtliche Elternpaare gehören nicht zum Weltbild.

Selbstverständlich ist die AfD auch gegen Abtreibungen. Angeblich sollen bei ca. 100.000 jährlichen Abtreibungen nur 3-4% medizinische oder kriminologische Indikationen haben. Schwangerenkonfliktberatung soll vorrangig zum Ziel haben, den Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten. Dafür sollen finanzielle Hilfen angeboten und Adoptionsverfahren vereinfacht werden.

Abtreibungen sollen weder gefördert noch zu einem Menschenrecht erklärt werden.

Das wäre das Ende der freien Entscheidung von Frauen. Soziale Indikationen spielen keinerlei Überlegung, eine Verschärfung des immer noch bestehenden § 218 StGB wäre zweifellos die Folge.

Die Vorstellungen der AfD spiegeln eindeutig ein völkisches Familienbild wider. Gefördert werden sollen deutsche Familien mit mehreren Kindern.

Andere Modelle, die sich in unserer offenen Kultur bewährt haben und die wir als selbstverständlich annehmen, scheinen nicht erwünscht zu sein.

Nach der Corona-Pandemie und dem Rollback von Frauenrechten, würde dies ein weiterer, massiver Rückschritt bedeuten.

